

Freiburger Aufruf: Liberales Europa als Föderation Souveräner Staaten

Durch den Vertrag von Rom wurde ein Weg hin zu einem **Liberalen Europa**, als einer **Föderation Souveräner Staaten** mit sozialer Marktwirtschaft, Eigenverantwortung, freiem Wettbewerb, Subsidiaritätsprinzip, dem Schutz privater Eigentumsrechte und freiem Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen eingeschlagen.

Die Europäische Union (EU) hat sich hingegen im Verlauf der vergangenen Jahre, insbesondere nach Gründung der Europäischen Währungsunion (EWU), auf einen Weg hin zu einem **zentralistisch verwalteten Bundesstaat** mit Haftungsgemeinschaft, Planwirtschaft und politisch motivierter Marktbeeinflussung, nach innen wie nach außen, begeben und damit eine wachsende Kluft zwischen den ‚Euro-Staaten‘ und den ‚Nicht-Euro-Staaten‘ bewirkt.

- / Die bereits eingetretenen Fehlentwicklungen haben Regierungskrisen ausgelöst und zu wachsenden Spannungen mit hohem Konfliktpotenzial zwischen den Partnerstaaten und ihren Bevölkerungen geführt.
- / Sogar eine Spaltung der EU rückt in den Bereich des Möglichen.
- / Mehrere Partnerstaaten sind in eine Staatsverschuldung geraten, die nur durch erhebliche Transferleistungen in Milliardenhöhe vorübergehend erträglich gehalten wird, ohne einen Schuldenabbau zu bewirken.
- / Hoch verschuldete Euro-Staaten bedrängen die weniger verschuldeten und haben bereits die im Vertrag von Maastricht festgelegte Nicht-Haftungsklausel für zwischenstaatlichen Schuldenausgleich aufgehoben.
- / Die eklatante Schuldenkrise diverser Euro-Staaten wird irreführend als ‚Eurokrise‘ bezeichnet.
- / Die Mechanismen zur Schuldenübernahme von hoch-verschuldeten Euro-Staaten durch weniger verschuldete Euro-Staaten werden irreführend als ‚Rettungsschirm‘, oder ‚Euro-Rettungsschirm‘ bezeichnet.
- / Der internationale Druck auf Deutschland wächst, im Gegensatz zur vertraglich vereinbarten Nicht-Haftungsklausel seinen Beitrag zur Haftung für Schulden anderer Euro-Staaten Schritt für Schritt im mehr-stelligen Milliardenbereich zu erhöhen.
- / Der internationale Druck auf Deutschland hat die Regierung veranlasst, für die verschuldeten Euro-Partnerstaaten den additiven, also doppelt bzw. parallel wirkenden Einsatz von EFSF und ESM Mitteln zu akzeptieren.
- / Der internationale Druck auf Deutschland wächst, im Gegensatz zur vertraglich vereinbarten Nicht-Haftungsklausel die Einrichtung von Eurobonds zu akzeptieren und mitzufinanzieren.
- / Die Deutsche Regierung hat bereits den Vertrag zum ESM unterschrieben, der die Eurozone der EU de-facto mit einer Bank, nämlich ESM, ausstattet, deren Entscheidungsgremien Immunität genießen und bei Bedarf von den Euro-Staaten Liquiditäten bzw. Bürgschaften in nicht begrenzter Höhe fordern kann.
- / Zukünftig werden hoch-verschuldete Euro-Staaten, die beim ESM Finanzmittel beantragen, in ihrer staatlichen Souveränität signifikant eingeschränkt und in eine Art ‚EU-Protectorat‘ zurückgestuft.
- / Die Europäische Zentralbank (EZB) greift durch satzungswidrige Geldschöpfung und Kreditvergabe an Banken der Euro-Staaten in die Finanzierung der Staaten ein.

Aufruf von Freien Demokraten aus Freiburg

**Wir sind in großer Sorge um die Zukunft Europas
und um den Verlust unserer Freiheitsrechte.**

**Wir fordern alle Mandatsträger / innen im Bund und den Bundesländern auf,
mit Mut für Recht und Freiheit zu kämpfen:**

Gegen ein Zentralistisches Europa als Bundesstaat mit Haftungsgemeinschaft !

Für ein Liberales Europa als Staatenbund mit subsidiären Kompetenzen !